

Sitzung vom 5.10.2023

1469. Frage: Frau Piront (PFF) und 1470. Frage: Frau Pauels (CSP)

Thema: **Politisch-demokratische Bildung und Medienbildung als Teil der politischen Bildung**

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage

An der Autonomen Hochschule Ostbelgien gibt es seit einiger Zeit eine Fachberatung für politisch-demokratische Bildung. Die Fachberatung unterstützt das Lehrpersonal der Grund- und Sekundarschulen bei der überfachlichen Vermittlung von politisch-demokratischer Bildung.

Bisher übernahm diese Aufgabe das Institut für Demokratiepädagogik an der AHS.

Wie Sie in Ihrer Antwort auf die mündliche Frage meiner Kollegin Frau Elsen zum selben Thema am 16. März klargestellt haben, wird das Institut für Demokratiepädagogik (IDP) derzeit umstrukturiert. Es ist nämlich geplant, dem IDP eine eigene Rechtspersönlichkeit zu geben und eine VoG zu gründen.

Sie erklärten, dass dieser Prozess bis Ende August abgeschlossen sein sollte.

Erlauben Sie mir, Ihnen folgende Fragen zu stellen Frau Ministerin:

- 1. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge bezüglich der Gründung der VoG?*
- 2. Können Sie uns auch mitteilen, wie der aktuelle Stand der Dinge in Bezug auf die politische und demokratische Bildung in den Rahmenlehrplänen der nicht-primären Schulen wie TZU, ZAWM und AHS ist?*

Frage

Im Rahmen der Ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause, wurde am 18. September der neuste Fortschrittsbericht¹ zur Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts „Ostbelgien Leben 2025“ veröffentlicht.

Unter dem Punkt „Bildungsangebote verbessern – Medienkompetenz im Wandel“ heißt es auf Seite 51 des besagten Dokuments „Medienbildung als Teil der politischen Bildung verstehen“.

Diese Zusammenlegung zweier bedeutender, jedoch unterschiedlicher Themen wirft Fragen auf, die ich gerne an Sie, Frau Bildungsministerin, richten möchte:

1. *Soll die Vermittlung der Medienkompetenz immer in Verbindung mit politischer Bildung und fächerübergreifend in den Schulen behandelt werden, also beides nicht als eigenständige und autonome Themen?*
2. *Wie plant die Regierung Medienbildung innerhalb der schulischen Rahmenpläne zu integrieren?*
3. *Wie steht die gesamte Regierung zu einem eigenständigen Schulfach „Politische Bildung“?*

Antwort

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Umstrukturierungsprozess des Instituts für Demokratiepädagogik in eine VoG ist noch nicht abgeschlossen. Intern wird noch über die inhaltlichen Belange des Geschäftsführungsvertrags diskutiert, das Institut wird aber in Kürze in die neue Organisationsstruktur übergehen.

Die zu Beginn des Jahres 2023 neu gegründete Fachberatung für politisch-demokratische Bildung an der AHS ist primär für die Primar- und Sekundarschulen – hierzu gehört auch das TZU – zuständig und entwickelt derzeit Unterrichtsmaterialien und Module zur politisch-demokratischen Bildung. Unabhängig davon besteht die Möglichkeit, die Aufgaben der Fachberatung auf andere Einrichtungen des Bildungswesens – beispielsweise auf das ZAWM oder die AHS – auszudehnen. Dies ist jedoch aktuell noch nicht der Fall, da prioritäre Arbeiten für Primar- und Sekundarschulen anstehen.

Die Vermittlung der Informations- und Medienkompetenz ist ein fächerübergreifendes und fächerverbindendes Projekt, das sich auf alle Fächer erstreckt, also nicht nur auf die politische Bildung. Die Schnittstellen zur politisch-demokratischen Bildung sind aber auf vielen Ebenen besonders groß, beispielhaft sei hier nur der Umgang mit fake news oder Hetze im Netz genannt, deshalb auch die enge Verzahnung der beiden Bereiche. Allerdings ist auch in anderen Fächern eine große, gemeinsame Schnittmenge zu finden, in Geschichte und politischer Bildung, aber auch in

Sprachen oder Informatik und Medien beispielsweise. Das liegt in der Natur der Dinge.

Im aktuellen rahmenplanorientierten Leitfaden zur Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz ist die Vernetzung mit einzelnen Fächern deutlich. Die Lehrerinnen und Lehrer sind angehalten, die medienpädagogischen Angebote des Leitfadens in ihren Fachunterricht zu integrieren und so beispielsweise Rechercheaufgaben oder Präsentationen im Fachunterricht durchzuführen. Dabei können die Angebote der Unterrichtsmaterialien digital oder analog in den Schulmediotheken oder der Mediothek der AHS wahrgenommen werden. Eine gleichzeitige Behandlung von Themen der politischen Bildung ist selbstverständlich nicht zwingend erforderlich.

Die Fachberatung und die Schulentwicklungsberatung stehen zudem für die Ausarbeitung von schulinternen Konzepten beratend zur Seite – so auch die Fachberatung Politische Bildung.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gilt: Politische Bildung und Demokratielernen sind Aufgabe aller Unterrichtsfächer und der Schulgemeinschaft insgesamt. Die gesellschaftlichen Herausforderungen für Politik, Bevölkerung und Schüler sind komplex. Der Leitfaden zur politisch-demokratischen Bildung beschreibt die Kompetenzen, die zum Umgang mit diesen vielfältigen und komplexen Herausforderungen befähigen. Gern zähle ich sie an dieser Stelle auf, um zu veranschaulichen, wie komplex und breit gefächert die Themen sind und dass es zur Vermittlung einer solchen Bandbreite an Themen Lehrer mit unterschiedlichen Ausbildungen bedarf:

- Identität, Gesellschaft und Demokratie
- innergesellschaftliche und internationale Konflikte
- Sozialstruktur und soziale Ungleichheit
- sozialer und kultureller Wandel

- Menschenrechte
- soziotechnischer Wandel und Digitalisierung
- Ökonomie und Gesellschaft
- Globalisierung, globale Verflechtungen und Migration
- Nachhaltigkeit

Der Leitfaden zeigt die Bezüge dieser Herausforderungen zu den einzelnen Fachrahmenplänen auf.

Denn viele dieser Themen sind bereits in den Rahmenplänen verankert und diese komplexen Herausforderungen erfordern, dass man sich fachübergreifend und multiperspektivisch aus dem Blickwinkel verschiedener Fachdisziplinen mit ihnen auseinandersetzt. Die Schüler sollen sie miteinander in Bezug setzen und verstehen. So können sie ein ganzheitliches Verständnis gewinnen und Lösungsansätze entwickeln auf dem Entwicklungsweg zum mündigen Bürger der Gesellschaft. Aus genau diesem Grund haben wir ab dem Schuljahr 2022-2023 zusätzliche Middle Manager zur Koordination eben dieser Aufgaben eingesetzt.

Zudem sind wir dabei, die weiteren politisch-demokratischen und Medien-Kompetenzen in die Fachrahmenpläne zu integrieren, um diese Kompetenzen zusätzlich zu fördern und ihre Implementierung zu vereinfachen.

Vor diesem Hintergrund sieht die Regierung zum jetzigen Zeitpunkt von einem eigenständigen Schulfach „politische Bildung“ abgesehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.